



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Sitzungsprotokoll

Ausschuss für Finanzen, Personal, Innere Angelegenheiten und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.12.2021
Sitzungsdauer:	15:00 bis 16:16 Uhr
Sitzungsraum:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich/nichtöffentlich

Lüneburg, den 28. Februar 2022

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.
Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.



Anwesenheitsliste

Prof. Dr. Hinrich Bonin - SPD

Jens Böther - Landrat

Stephan Bothe - AfD

Rainer Dittmers - SPD

Günter Dubber - CDU

Markus Graff - DIE LINKE

Liliana Josek - Bündnis 90/Die Grünen

Franz-Josef Kamp - SPD

Wilhelm Kastens - CDU

Vertretung für: Herrn Hans-Georg Führinger

Petra Kruse-Runge - Bündnis 90/Die Grünen

Anna-Lena Narewski - FDP

Holger Prange - SPD

Vertretung für: Herrn Jens-Peter Schultz

Dr. Marco Schulze - CDU

Ulrike Walter - CDU

Matthias Wiebe - Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Krumböhmer - Erster Kreisrat

Sigrid Vossers - Kreisrätin

Franziska Welz - Fachbereichsleiterin

Maret Bening - Gleichstellungsbeauftragte

Claudia Döpfer - Verwaltung

Björn Mennrich - Fachdienstleiter

Mayte Wüstmann - Verwaltung

Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 i.V.m. § 22 Geschäftsordnung
2. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 08.09.2021
5. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 06.10.2021
6. Wahl eines/einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
Vorlage: 2021/478
7. Bislang angefallene Personalkosten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie (Stand 30.09.2021)
Vorlage: 2021/400
8. Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 5.000.000 Euro aus der Kreditermächtigung 2020
Vorlage: 2021/472
9. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Lüneburg
Vorlage: 2021/449
10. Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 2021/357
11. Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 2021/358
12. Annahme von Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen im Wert von über 100,00 Euro bis 2.000,00 Euro, die bis zum 17.11.2021 angeboten worden sind
Vorlage: 2021/442
13. Preiserhöhung Fährkarten - Fährbetrieb Wilhelm
Vorlage: 2021/420
- 13.1. Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 15.11.2021 zur Beschlussvorlage 2021/420, Thema: "Fahrpreiserhöhung im Fährbetrieb Wilhelm"
Vorlage: 2021/440

- 13.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN vom 18.11.2021 zum Thema "Fahrtarif für Fähre "Amt Neuhaus" stabil halten" zur Vorlage 2021/420
Vorlage: 2021/443-1
14. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
15. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 Geschäftsordnung
20. Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP-Nr. 1 Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 i.V.m. § 22 Geschäftsordnung

Der **Vorsitzende Prof. Dr. Bonin** fragt, ob jemand von den Zuschauerinnen oder Zuschauern Fragen an den Landrat richten möchte. Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP-Nr. 2 Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP-Nr. 3 Feststellung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende Prof. Dr. Bonin** schlägt vor, den TOP 13.2 mit dem nichtöffentlichen TOP 19 zusammen zu beraten. Dies sei möglich, da keine Zuschauer zugegen sind.

Zudem sollen die auf der Agenda stehenden, zu genehmigenden Protokolle vom 08.09.2021 und 06.10.2021 im nächsten Ausschuss abgestimmt werden. Durch die Umbenennung des Ausschusses seien diese nicht einsehbar gewesen, sodass keine Vorbereitung möglich war.

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen einvernehmlich festgestellt.

TOP-Nr. 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 08.09.2021

Beschluss:

Die Genehmigung des Protokolls vom 08.09.2021 wird auf die nächste Sitzung des AFP verschoben.

TOP-Nr. 5 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 06.10.2021

Beschluss:

Die Genehmigung des Protokolls vom 06.10.2021 wird auf die nächste Sitzung des AFP verschoben.

TOP-Nr. 6 Wahl eines/einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
Vorlage: 2021/478

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wird Frau Ulrike Walter gewählt.

KTA Dubber schlägt Frau Ulrike Walter, als stellvertretende Ausschussvorsitzende vor.

TOP-Nr. 7 Bisläng angefallene Personalkosten im Zusammenhang mit der
Bekämpfung der Corona-Pandemie (Stand 30.09.2021)
Vorlage: 2021/400

Beschluss:

Berichtsvorlage- keine Beratung erforderlich

FBLin Welz berichtet zur Vorlage. Sie führt unter anderem aus, dass 1,4 Mio. Euro nur auf die coronabedingten Überstunden entfielen, bei den Personalkosten seien es 640.000 Euro für die eingestellten Ärzte und Ärztinnen kämen noch einmal rund 80.000 Euro hinzu. Somit habe die Bekämpfung der Pandemie, Stand 30.09.2021, bisher zu personellen Mehrkosten von insgesamt 2,13 Mio. Euro geführt.

KTA Bothe erfragt, ob die bisher geleisteten Überstunden ausgezahlt oder durch Zeitausgleich abgegolten würden.

FBLin Welz antwortet, dass beide Varianten möglich seien.

KTA Bothe erfragt, ob es bezüglich der angefallenen Überstunden überhaupt möglich sei eine Differenzierung zwischen den Überstunden, die durch die pandemiebedingten Aufgaben anfielen und den Überstunden die durch die dem Arbeitsplatz zugeordneten Aufgaben anfielen, vorzunehmen.

FBLin Welz teilt mit, dass es für die coronabedingten Leistungsstunden eine extra Datenbank gebe, in der auch nur die Über- und Mehrarbeitsstunden für die zusätzlichen Aufgaben erfasst würden.

LR Böther ergänzt, dass der coronabedingte Aufwand ein zusätzlicher Aufwand sei, der zu den normalen Aufgaben geleistet werden müsse. Die Überstunden z.B. des Personalservice, der Pressestelle aber auch der Verwaltungsleitung seien hierbei nicht einmal erfasst. Natürlich sei dies eine große Herausforderung und es müsse auch regelmäßig bei den wahrzunehmenden Aufgaben priorisiert werden, um eine dauerhaft Überbelastung der Belegschaft zu vermeiden. Dennoch sei es aber auch eine Stärke der Verwaltung, die Mitarbeitenden schnell, spontan und flexibel von innen heraus entsprechend einsetzen zu können und somit die pandemiebedingten Aufgaben zu meistern. Dieses Verfahren habe sich bei der Krisenbewältigung bisher auch in anderen Landkreisen bewährt.

**TOP-Nr. 8 Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 5.000.000 Euro aus der Kreditermächtigung 2020
Vorlage: 2021/472**

Beschluss:

Berichtsvorlage – keine Beschlussfassung erforderlich

KTA Wiebe erfragt, wie lange die Zinsbindung bei diesem Darlehen sei.

LR Böther antwortet, dass die Zinsbindung über die gesamte Laufzeit des Darlehens bestünde.

KTA Bothe erfragt, warum eine Kreditaufnahme in 2021 notwendig sei, wenn das Haushaltsjahr 2021 doch mit dem 31.12.2021 ende.

LR Böther führt hierzu aus, dass die Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen diene, die auch über das Haushaltsjahr hinausliefen. Es werden zu dem Zeitpunkt Darlehen aufgenommen, zu dem eine entsprechende Liquidität auch benötigt werde.

Vorsitzender Dr. Bonin ergänzt, dass es sich um die Nutzung einer Kreditermächtigung aus 2020 handle.

**TOP-Nr. 9 Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Lüneburg
Vorlage: 2021/449**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss:

Die Hauptsatzung des Landkreises Lüneburg wird in der als Anlage beigefügten Neufassung beschlossen.

KTA Wiebe erfragt, ob die Bekanntmachung der Sitzungen nur noch digital erfolge und nicht mehr im Amtsblatt und wie dies für Personen ohne Internet gedacht sei.

LR Böther antwortet, dass das NKomVG es ermögliche, dass die Bekanntmachungen nur noch digital erfolgen. Er weist darauf hin, dass auch das Amtsblatt nicht mehr in Papierform gedruckt werde, sondern nur noch in digitaler Form zur Verfügung stünde. Diese Art der Bekanntmachung sei eine Erleichterung und habe sich zuletzt auch bei der Veröffentlichung der vielen Verordnungen bewährt. Zudem ergebe sich hierdurch die Chance die Bevölkerung in deutlich breiterer Masse zu erreichen.

EKR Krumböhmer ergänzt, dass das Amtsblatt ohnehin nur sehr wenige Druckexemplare habe, die ohnehin schon seitens des Landkreises digitalisiert und für die Bevölkerung ins Internet gestellt würden.

KTA Wiebe erläutert, dass es darum ginge auch Menschen ohne Internet die Chance zu geben, sich anhand eines Aushanges über die Bekanntmachungen zu informieren.

LR Böther teilt mit, dass es beim Landkreis nach wie vor einen Kasten gebe, in dem diese Bekanntmachungen auch noch einmal in Papierform ausgehängt seien.

Vorsitzender Dr. Bonin gibt zu Bedenken, dass hier auch zwischen den Kommunen und dem Landkreis zu unterscheiden sei. In den Kommunen gebe es sicherlich noch besagte Kästen mit öffentlichen Bekanntmachungen für Bürger ohne Internet. Das Amtsblatt zumindest sei digital.

**TOP-Nr. 10 Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das
Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 2021/357**

Abstimmungsergebnis: zu 1.bis 3. Einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2017 wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.
 2. Der erzielte Jahresüberschuss in Höhe von 7.140.582,01 Euro wird mit den bilanziellen Fehlbeträgen aus Vorjahren verrechnet.
 3. Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.
-

**TOP-Nr. 11 Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das
Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 2021/358**

Abstimmungsergebnis: zu 1. bis 3. Einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2018 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.
 2. Der erzielte Jahresüberschuss des Jahres 2018 in Höhe von 13.189.740,58 Euro wird in Höhe von 1.435.033,56 Euro mit den bilanziellen Fehlbeträgen aus Vorjahren verrechnet. Der restliche Jahresüberschuss in Höhe von 11.754.707,02 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
 3. Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.
-

**TOP-Nr. 12 Annahme von Spenden, Schenkungen und sonstigen
Zuwendungen im Wert von über 100,00 Euro bis 2.000,00 Euro,
die bis zum 17.11.2021 angeboten worden sind
Vorlage: 2021/442**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss:

Der Annahme der in Anlage 1 aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

**TOP-Nr. 13 Preiserhöhung Fährrkarten - Fährbetrieb Wilhelm
Vorlage: 2021/420**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Preiserhöhung zum 01.01.2022 gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Für die Anpassung der Subventionierung der Zehnerkarten werden im Haushalt 2022 zusätzlich 10.000 Euro eingestellt.

Aktualisierung der Beschlussempfehlung aus dem AFP am 08.12.2021:

Für die Vorlagen der Verwaltung (Nr. 2021/420 und 2021/492) und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 18.11.2021 (Nr. 2021/420) wurde eine gemeinsame Beschlussempfehlung gefasst.

1. Der Erhöhung der allgemeinen Entgelte für die Nutzung der Fähre "Amt Neuhaus" wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung in der Anlage zur Vorlage 2021/420 zugestimmt.
 2. Die durch den Landkreis subventionierten Verkaufspreise für 10er-Karten und Jahreskarten bleiben in der aktuellen Höhe gemäß der Anlage zur Vorlage 2021/420 bestehen. Eine Erhöhung findet nicht statt.
 3. Der Mehraufwand für den Landkreis Lüneburg aus der Beibehaltung der subventionierten Preise für 10er-Karten und Jahreskarten wird berechnet und in die Haushaltsplanberatung 2022 einbezogen, falls der vorhandene Haushaltsansatz nicht ausreichen sollte.
-

**TOP-Nr. 13.1 Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 15.11.2021 zur
Beschlussvorlage 2021/420, Thema: "Fahrpreiserhöhung im
Fährbetrieb Wilhelm"
Vorlage: 2021/440**

Beschluss:

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

KTA Bothe teilt mit, dass er den Antrag zurückzieht.

**TOP-Nr. 13.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN vom 18.11.2021 zum Thema "Fährtarif für Fähre "Amt Neuhaus" stabil halten" zur Vorlage 2021/420
Vorlage: 2021/443-1**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Landkreis Lüneburg als Eigner der Fähre "Amt Neuhaus" steht in der Verantwortung, einen ungestörten Betrieb der Elbfähre zu gewährleisten.

Über die aktuelle Bewilligung der genannten 10.000 € als außerplanmäßige Ausgabe hinaus, werden daher die erforderlichen ca. 15.000 € für eine vollständige Kompensation der notwendigen Fahrpreiserhöhung zur Verfügung gestellt.

Dies ermöglicht konstante Preise für alle Einwohner*innen des Landkreises Lüneburg, welche die Fähre "Amt Neuhaus" nutzen.

Aktualisierung der Beschlussempfehlung aus dem AFP am 08.12.2021:

Für die Vorlagen der Verwaltung (Nr. 2021/420 und 2021/492) und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 18.11.2021 (Nr. 2021/420) wurde eine gemeinsame Beschlussempfehlung gefasst.

1. Der Erhöhung der allgemeinen Entgelte für die Nutzung der Fähre "Amt Neuhaus" wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung in der Anlage zur Vorlage 2021/420 zugestimmt.
2. Die durch den Landkreis subventionierten Verkaufspreise für 10er-Karten und Jahreskarten bleiben in der aktuellen Höhe gemäß der Anlage zur Vorlage 2021/420 bestehen. Eine Erhöhung findet nicht statt.
3. Der Mehraufwand für den Landkreis Lüneburg aus der Beibehaltung der subventionierten Preise für 10er-Karten und Jahreskarten wird berechnet und in die Haushaltsplanberatung 2022 einbezogen, falls der vorhandene Haushaltsansatz nicht ausreichen sollte.

Vorsitzender Dr. Bonin teilt mit, dass dieser Punkt mit TOP 19 zusammen beraten werde.

KTA Josek erfragt, warum der Antrag im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Vorsitzender Dr. Bonin antwortet, dass dies bei bestimmten Vertragsverhältnissen und Fragestellungen so gehandhabt werde. Im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil gebe es immer einen öffentlichen Teil in dem eine Darstellung des Diskussionsinhalts erfolgen könne.

TOP-Nr. 14 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Es werden keine Berichtspunkte vorgetragen.

TOP-Nr. 15 Beantwortung von Anfragen gem. § 17 Geschäftsordnung

KTA Bothe erfragt, warum die Kreisumlage von ursprünglich 49,5 auf nunmehr 51,5 Punkte angehoben wurde und ob dies vorab mit den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden kommuniziert worden sei.

LR Böther teilt dazu mit, dass die Orientierungsdaten des Landes seien. Selbstverständlich finde eine Kommunikation mit den Hauptverwaltungsbeamten statt, morgen sei die nächste Besprechung anberaumt. Die Senkung der Kreisumlage von 49,5 auf 47,5 Punkte im letzten Jahr sei stets als eine einmalige Option kommuniziert gewesen. Zudem wurde bereits kommuniziert, dass es für die Haushaltsplanung 2022 mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht realisierbar sei bei 49,5 Punkten zu verbleiben.

Vorsitzender Dr. Bonin ergänzt, dass zu diesem Thema nun zunächst die Stellungnahmen der Hauptverwaltungsbeamten abzuwarten sei. Es läge nunmehr erst einmal ein Entwurf der Verwaltung vor. Im Rahmen der baldigen Haushaltsberatungen werde in diesem Ausschuss über die schlussendliche Höhe der Kreisumlage beraten.

**TOP-Nr. 20 Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes
Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in
nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung
der Sitzung**

Vorsitzender Dr. Bonin schließt die Sitzung um 16.16 Uhr.
